

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

76. Sitzung

9. September 2021

Beginn: 15.01 Uhr
Schluss: 17.48 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass sich **Staatssekretärin Beate Stofers** (SenBildJugFam) für die Ausschusssitzung aufgrund einer gleichzeitig stattfindenden Amtschefkonferenz entschuldigen lasse. Sie übermittele ihren Dank für die konstruktive und kritische Begleitung der Arbeit von SenBildJugFam durch diesen Ausschuss.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

1. „Welche Möglichkeit sieht der Senat, die Weihnachtsferien bereits am 23.12.2021 beginnen zu lassen, um Familien mit Schulkindern die Fahrt zu Großeltern oder in den Urlaub oder den Beschäftigten die Vorbereitung auf die Feiertage zu ermöglichen?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet der Abgeordneten **Regina Kittler** (LINKE), die Kultusministerkonferenz – KMK – habe im Hamburger Abkommen die Anzahl der Ferientage für alle Bundesländer auf 75 Tage festgelegt. 2019 seien die Ferientage für 2021 veröffentlicht worden. In jenem Jahr sei in Berlin der Internationale Frauentag am 8. März als Feiertag eingeführt und der 7. März 2021 zu einem Brückentag erklärt worden. Daraus resultiere die „einmalige Situation“, dass die Weihnachtsferien in diesem Jahr am 24. Dezember starteten.

Regina Kittler (LINKE) verweist darauf, dass die meisten Bundesländer deutlich mehr Feiertage als Berlin hätten. In der weiter anhaltenden Coronasituation sei es zudem verantwortungslos, dass diejenigen Menschen, die anlässlich des Weihnachtsfests innerhalb weniger Stunden Berlin verließen, in überfüllte öffentliche Verkehrsmittel einsteigen müssten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, dass die Anzahl der Feiertage unterschiedlich, die der Ferientage hingegen in allen Bundesländern gleich sei. Nach der Veröffentlichung der Ferientage habe es keine Proteste dagegen gegeben. Es sei nicht möglich, die Ferienplanung kurzfristig zu verändern. Die Wirtschaft sowie Arbeitgeber und -geberinnen hätten sich auf diese Regelung eingestellt. Im Übrigen begönnten auch in anderen Bundesländern die Weihnachtsferien erst am 24. Dezember.

2. „Vorbemerkung: In einer Kindertagesstätte im Spandauer Ortsteil Staaken soll ein 32 Jahre alter Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma in mehreren Fällen Kinder sexuell missbraucht haben. Die AWO erfuhr von den Ermittlungen erst Ende August, als das LKA den Verband informierte. Der AWO-Kreisvorstand erklärte, wäre man früher informiert worden, hätte der Zeitarbeiter schneller von den Kindern abgezogen werden können. – Frage: Wie ist es strukturell überhaupt möglich, dass ein Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma in kürzester Zeit unbemerkt mehrere sexuelle Übergriffe auf Kitakinder verüben kann?“
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet dem Abgeordneten **Tommy Tabor** (AfD), es herrsche darüber Einigkeit, dass für den Schutz von Kindern und Jugendlichen alles getan werden müsse, um solche Fälle zu verhindern. SenBildJugFam habe u. a. das erweiterte Führungszeugnis für Erzieherinnen und Erzieher eingeführt. – Der geschilderte Vorfall werde derzeit untersucht. Am Nachmittag des 31. August habe das LKA die Kitaleitung über die Anzeige informiert. Am 1. September sei die Kitaaufsicht unterrichtet und ein Krisenteam installiert worden. Die Arbeiterwohlfahrt – AWO – und zusätzliche Träger, u. a. Strohalm e. V., seien eingeschaltet worden, um begleitend zu beraten. In der Kita hätten Elternversammlungen stattgefunden.

Im Kitaalltag seien Situationen, in denen eine Fachkraft kurzzeitig mit Kindern allein sei, nicht gänzlich zu vermeiden. Sie versichere, dass SenBildJugFam alles unternehme, um Kinder und Jugendliche zu schützen. Nach ihrer Überzeugung werde der Kinderschutz auch in der nächsten Legislaturperiode ein zentrales Thema sein.

Tommy Tabor (AfD) fragt, welche konkreten Konsequenzen der Senat aus den Missbrauchsverwürfen ziehen werde, um Kinderschutzkonzepte in Kitas durchzusetzen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, dass SenBildJugFam in den letzten Jahren den Ablauf von Meldeketten und Verfahren bei Missbrauchsverdachtsfällen genau geregelt habe. Man müsse leider zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen gebe, die es dennoch zuwege brächten, sich einzuschleichen und Situationen auszunutzen. Der Fall werde mit Unterstützung des LKA untersucht. Die Kita sei derzeit geschlossen; es finde eine Notbetreuung statt. Mehr könne sie derzeit dazu nicht sagen.

Roman Simon (CDU) trägt vor, der Landesverband sozialpädagogischer Fachkräfte Berlin e. V. habe am heutigen Tag eine E-Mail mit dem Betreff „Kitafachkräfteverbände warnen: zu wenig Personal in den Kitas“ verschickt. Hintergrund sei der bevorstehende Beschluss des Bundesrates am 10. September, bei dem der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab 2026 formuliert werden solle. Wie werde der Senat nach diesem Beschluss Engpässe beim pädagogischen Personal vermeiden?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, Berlin sei mit wenigen anderen Bundesländern in der vorteilhaften Situation, dass es die flächendeckende Ganztagsbetreuung bereits gebe. SenBildJugFam habe parallel zur Qualitätsverbesserung in den Kitas die Ausbildungskapazitäten sukzessive ausgebaut und dabei nicht nur die Personalsituation in den Kitas, sondern auch die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen im Blick gehabt. So finde die berufsbegleitende Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher auch an Schulen statt. Für Bundesländer, die im Gegensatz zu Berlin bislang keine umfassende Ganztagsbetreuung hätten, bedeute die Gesetzesänderung einen Anstieg des Personalbedarfs.

Roman Simon (CDU) gibt zu bedenken, dass der steigende Bedarf an pädagogischem Personal in anderen Bundesländern dazu führen könnte, dass Erzieherinnen und Erzieher aus Berlin dorthin zögen. Werde der Kitaentwicklungsplan vor diesem Hintergrund überprüft und ggf. angepasst?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, in der Kindertagesstättenentwicklungsplanung würden beim Ausbildungsbedarf 20 Prozent zusätzlich veranschlagt, da immer wieder Personen ihre Ausbildung nicht beendeten oder das Bundesland wechselten. Berlin werde im nächsten Jahr erstmalig einen Überhang an Erzieherinnen und Erziehern erreichen, sodass in den Kitas die Qualitätsverbesserung weiter vorangebracht werden könne. In der Vergangenheit habe Berlin Beschlüsse zur Qualitätsverbesserung in dem Wissen gefasst, dass das benötigte Fachpersonal noch nicht ausreichend vorhanden sei. Das Prinzip habe funktioniert. Es werde regelmäßig überprüft, ob die Prognosen bezüglich benötigter Kitapläte und Fachkräfte zuträfen oder ob nachgesteuert werden müsse.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt, warum SenBildJugFam kurz vor dem Ende der Legislaturperiode eine Änderung des Schulgesetzes auf den Weg gebracht habe, ohne die Beteiligungsgremien in die Beratung einzubeziehen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erinnert daran, dass in der letzten Ausschusssitzung über das Schulgesetz diskutiert worden sei. SenBildJugFam habe einen Entwurf eingebracht, der in die Anhörung gegangen sei. Es seien schriftliche Stellungnahmen eingeholt worden, und die Kernpunkte, beispielsweise die Neuregelung des MSA an den Gymnasien oder die gesetzliche Verankerung der Kinderschutzkonzepte an den Schulen, seien vorgestellt worden. Vonseiten einiger Fraktionen seien Änderungsanträge gestellt und Punkte ergänzt worden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich, zulasten welches Unterrichtsfachs dem Klassenrat Zeit eingeräumt werden solle.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) betont, dass sie sich nicht anmaße, die Beschlüsse der Abgeordneten zu kommentieren. Es sei das Kerngeschäft des Parlaments, die

Entwürfe des Senats zu diskutieren und ggf. Änderungen einzubringen. Sobald das Plenum das Gesetz beschlossen habe, werde SenBildJugFam die Umsetzung prüfen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, dass TOP 1 a abgeschlossen sei.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, im Vermittlungsausschuss sei beim Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung Einigkeit erzielt worden. Für die Länder habe sich einiges zum Positiven verändert. So übernehme der Bund statt der vorgesehenen 50 Prozent 70 Prozent der Investitionskosten. Dem Land Berlin stünden von den insgesamt 3,5 Mrd. Euro gemäß dem Königsteiner Schlüssel 182 Mio. Euro zur Verfügung, die auf unterschiedliche Jahresscheiben aufgeteilt würden.

Des Weiteren sei zu berichten, dass Kitas, Schulgebäude und Sporthallen, z. B. an der Jeanne-Barez-Schule in Pankow, eingeweiht worden seien. – In Oberschöneweide sei eine Jugendhilfeeinrichtung fertiggestellt worden. Junge Menschen, die durch die Jugendhilfe betreut werden seien und am Übergang zur eigenständigen Lebensführung stünden oder einen Ausbildungsort hätten, aber die Mietkosten für eine Wohnung nicht tragen könnten, bekämen hier ein Zuhause und würden je nach Bedarf sozialpädagogisch unterstützt.

Die „Berlin-Tag-Woche“ werde vom 13. bis 17. September von jeweils 10 bis 18 Uhr stattfinden, allerdings nicht in Präsenz. Die Schulen, Träger und Jugendämter könnten telefonisch und teilweise per Videokonferenz erreicht werden.

Beschäftigte von Kitas in sozialen Brennpunkten erhielten künftig eine finanzielle Zulage von monatlich 300 Euro, die aus Mitteln des Gute-KiTa-Gesetzes finanziert werde. Eigenbetriebe und freie Träger könnten diese Prämie bzw. Zulage für ihre Mitarbeitenden beantragen. Derzeit seien 500 Kitas, die einem Quartiersmanagement unterliegen, antragsberechtigt.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, ob es für die Einrichtung in der Wuhlheide bereits einen Träger gebe. Liege das Konzept nach Fertigstellung zur Einsicht vor?

Zudem merke sie an, dass die Brennpunktzulage an Kitas bei Gewerkschaften, Trägern und Beschäftigten nicht auf einhellige Zustimmung gestoßen sei und auch nicht der Mehrheitsmeinung in den Koalitionsfraktionen entspreche.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, ihr sei bekannt, dass sich die Geschäftsführungen der Träger seit Beginn der Debatte gegen eine Zulage ausgesprochen hätten. Sie habe nicht beabsichtigt, den freien Trägern pauschal Geld zur Verfügung zu stellen, sondern den Erzieherinnen und Erziehern in schwierigen Sozialräumen eine Zulage zukommen zu lassen. Es gehe um eine Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit. Im Gegensatz zu den Geschäftsführungen hätten die Erzieherinnen und Erzieher bei ihr mittels Postkartenaktionen eine Zulage gefordert. Es handele sich um 23,4 Mio. Euro, die nicht nach dem Gießkannen-

prinzip ausgereicht würden, sondern gezielt Erzieherinnen und Erzieher in sozial benachteiligten Stadtteilen unterstützen sollten. Mit der Kritik an dieser Entscheidung könne sie leben.

Der Träger für die Jugendeinrichtung in der Wuhlheide sei Kolping; der Vertragsabschluss stehe unmittelbar bevor.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, dass TOP 1 b abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

0328

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche

BildJugFam

– **Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,**

– **für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und**

– **für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen**

(auf Antrag aller Fraktionen)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, angesichts der Mehrheitsmeinung im Hygienebeirat sei entschieden worden, die Maskenpflicht an Schulen bis zum 3. Oktober zu verlängern. Um auf die besondere Situation an Grundschulen einzugehen, sollten eine Psychologin sowie Kinderärztevertreter zu den Beratungen des Hygienebeirats hinzugezogen werden.

Der Senat habe in seiner letzten Sitzung entschieden, die Quarantäneregelungen für Schülerrinnen und Schüler von 14 auf 5 Tage zu reduzieren.

Hinsichtlich der Richtlinien zur Förderung von Luftreinigungsgeräten hätten Bund und Länder eine Einigung erzielt. Demnach würden Luftreinigungsgeräte in nicht zu durchlüftenden Klassenräumen für Kinder unter 12 Jahren finanziert.

SenBildJugFam habe sich mit SenFin darauf geeinigt, den Kitas 1,8 Mio. Tests zur Verfügung zu stellen, sodass Kitakinder zweimal pro Woche von den Eltern getestet werden könnten. Für die Kitas seien auch Luftreinigungsgeräte abrufbar. SenBildJugFam habe die Kitas wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass zwei Programme diese Luftreinigungsgeräte förderten, aber die Resonanz bei den Kitas sei bedauerlicherweise gering.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) ergänzt, ab der nächsten Woche könnten rückwirkend vom 1. Januar Selbstständige und privat Versicherte genauso wie gesetzlich Versicherte Krankengeld online beantragen. Dazu sei eine Anpassung der Software nötig gewesen, die zusammen mit Nordrhein-Westfalen erworben worden sei. Der Anspruch auf Kinderkrankentage sei, gemäß dem Wunsch des Parlaments, auf 65 Tage erhöht worden.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob die Luftreinigungsgeräte bis zum Herbst ausgeliefert sein würden. – Bestehe eine Möglichkeit, auch die Schulen des zweiten Bildungswegs durch Mittel des Coronaaufholprogramms des Bundes zu unterstützen? – Wann würden die Hygienekonzepte hinsichtlich des Singens an Schulen bzw. in Schulchören überarbeitet? Sei diesbezüglich eine Abstimmung mit SenKultEuropa geplant?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich, weshalb die Nachfrage nach Luftreinigungsgeräten an den Kitas so gering sei. – Sei die Auswertung des Pilotprojekts zu den Lollitests abgeschlossen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, wann die 1,8 Mio. Tests bei den Kitasankämen. – Gelte die Fünf-Tage-Quarantäneregelung für die gesamte Klasse oder nur für die unmittelbaren Kontaktpersonen?

Tommy Tabor (AfD) möchte wissen, wie die Entscheidung getroffen werde, welcher Klassenraum gut bzw. schlecht zu belüften sei.

Thorsten Weiß (AfD) fragt, weshalb sich das Land Berlin im Gegensatz zu Brandenburg für ein Aufrechterhalten der Maskenpflicht an Grundschulen entschieden habe. – Plane SenBildJugFam, Spucktests an Kitas einzusetzen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, der Beschluss des Bundes hinsichtlich der Quarantäneregelungen sei in Berlin bereits gängige Praxis. Nur in besonderen Situationen würden ganze Klassen in Quarantäne geschickt; die klassenweise Quarantäne sei aber schon seit Monaten nicht mehr das Grundprinzip der Gesundheitsämter. Vielmehr entschieden diese von Fall zu Fall, welche Kinder fünf Tage in Quarantäne geschickt würden. SenBildJugFam sei in Bezug auf die Quarantänebestimmungen in enger Absprache mit SenGPG und den Amtsärzten.

Die 1,8 Mio. Tests befänden sich in der Bestellung und würden den Kitas ab der kommenden Woche zur Verfügung stehen. – Der Schulträger treffe die Entscheidung, ob ein Raum zu durchlüften sei oder nicht. Es gebe dafür klare Definitionen des Umweltbundesamts. – Das Pilotprojekt zu den Lollitests sei noch einmal bis zum 15. September verlängert worden, da bislang kein positiver Fall aufgetreten sei.

Die Bundesländer hätten hinsichtlich der Maskenpflicht an Schulen, wie auch in anderen Bereichen, unterschiedliche Regelungen getroffen. In Berlin lägen andere Inzidenzwerte als in Brandenburg vor. In Berlin hätten die Fachleute zu einer Verlängerung der Maskenpflicht geraten.

Das Programm „Stark trotz Corona“ unterstütze schwerpunktmäßig Kinder und Jugendliche, daher fielen junge Erwachsene im zweiten Bildungsweg aus dieser Förderung heraus.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) führt aus, SenBildJugFam befindet sich bezüglich Lockerungen beim Singen an Schulen in Abstimmung mit SenKultEuropa. Es könne in der Stufe Grün, die aktuell alle Schulen aufwiesen, im Freien mit Mindestabstand gesungen werden. Auch in geschlossenen Räumen dürfe mit Mindestabstand gesungen werden, sofern nach einer Stunde 30 Minuten gelüftet werde. SenBildJugFam sei bestrebt, gleichlautende Rege-

lungen mit SenKultEuropa festzulegen, jedoch ließen sich Schul- und Kulturveranstaltungen nicht in jedem Fall gleichsetzen. SenBildJugFam berät derzeit mit dem Hygienebeirat, inwiefern beispielsweise der Mindestabstand von derzeit 2 Metern verringert werden könne, um das einfache Singen im Klassenverband wieder zu ermöglichen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt nach, warum die Pilotphase der Lollitests verlängert worden sei.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, in der Pilotphase werde auch die Logistik überprüft. Bevor über den flächendeckenden Einsatz von Lollitests entschieden werden könne, müsse überprüft werden, wie schnell die Rückmeldungen aus den Laboren bei den Kitas ankämen. Dazu sei mindestens ein positiver Fall nötig, der bislang noch nicht aufgetreten sei.

Regina Kittler (LINKE) weist darauf hin, dass die Lollitests in Erlangen und flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eingesetzt würden. Inwiefern seien die Kinder dort anders als in Berlin?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, dass auch in Nordrhein-Westfalen Probleme bei der Anwendung von Lollitests aufgetreten seien. Das Verfahren müsse organisatorisch abgesichert sein. In Berlin habe es sich z. B. als schwierig erwiesen, Schulen an den Randgebieten abzudecken. Wissenschaftler hielten den Einsatz von Lollitests bis zu einem Inzidenzwert von 35 sinnvoll. Wenn der Wert darüberliege, sei die Anwendung von Schnelltests vorzuziehen, da die nötigen Laborkapazitäten und damit die schnelle Rückmeldung der Testergebnisse nicht gewährleistet werden könnten.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erkundigt sich, wann das Pilotprojekt angelaufen sei und wann die Lollitests ggf. flächendeckend eingesetzt würden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, dass der Modellversuch Anfang August gestartet und bis zum 15. September verlängert worden sei. Die Auswertung müsse zeigen, wie weiter verfahren werde.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0703
Farbe bekennen zum Neutralitätsgesetz

0109
BildJugFam
InnSichO(f)
Kult
Recht*

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner informiert, dem Ausschuss liege eine Stellungnahme des ebenfalls mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 10. März 2021 vor.

Dieser empfehle, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. April 2021“ abzulehnen.

Dirk Stettner (CDU) beantragt, das Berichtsdatum auf den „30. September 2021“ zu ändern. Deutschland sei ein säkulares Land, in dem Religion als Privatsache zu behandeln sei und offensichtlich religiöse Symbole in staatlichen Einrichtungen nichts verloren hätten. Die Äußerungen, die aus Koalitionskreisen zu diesem Thema getätigt würden, seien uneinheitlich. Das sorge für Verunsicherung. Seine Fraktion habe bereits im Jahr 2017 beantragt, zum Neutralitätsgesetz Farbe zu bekennen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) äußert eingangs ihr Erstaunen darüber, dass die Christdemokratische Union von einem säkularen Staat spreche und Religion als Privatsache bezeichne. Diese Ansicht zeige eine Unterreflexion der deutschen Staatsstruktur und entspreche auch nicht der CDU-Linie.

Die Koalitionsfraktionen seien sich uneinig, wie mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umzugehen sei. Unsicherheit entstehe aber vor allem dadurch, dass gerichtliche Klärungen nicht in ausreichendem Maße herbeigeführt bzw. aus den Gerichtsurteilen keine Konsequenzen für das Handeln gezogen würden. Die meisten Prozesse endeten mit Vergleichen, oder die betroffenen Frauen würden in berufsbildenden Schulen eingesetzt, da davon ausgegangen werde, dass ältere Kinder robuster seien.

Aus Sicht der Koalitionsfraktionen gehe es nicht um irgendwelche Bekenntnisse. Die Gerichte hätten dem Land Berlin eine Hausaufgabe gestellt, die gelöst werden müsse. Um auf sicherer Grundlage handeln zu können, müsse das Ende der rechtlichen Klärungen abgewartet und dürften keine weltanschaulichen Bekenntnisse eingefordert werden.

Dr. Maja Lasić (SPD) erklärt, dass es innerhalb der Koalitionsfraktionen keinen Konsens zum Neutralitätsgesetz gebe. Es bleibe auch in der nächsten Legislaturperiode ein Schlüsselthema, an dem die zukünftigen Koalitionen gemessen würden. Einerseits halte ihre Fraktion ein gelebtes Bekenntnis zum Neutralitätsgesetz und zur Neutralität des Staates für den Frieden in der Stadt für wesentlich, andererseits sei es in einer Koalition notwendig, gemeinsam abzustimmen. Als Kompromiss werde die SPD-Fraktion mit genau der Anzahl der Stimmen, die zur Ablehnung benötigt würden, gegen den Antrag stimmen; die restlichen Abgeordneten enthielten sich, weil ihre Fraktion eigentlich gern zustimmte.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/0703, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1024
Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!

0157
BildJugFam

Hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1024-1
Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1659
**Respekt und Disziplin statt Gewalt und Mobbing,
Teil II: Disziplin durch Schulvereinbarungen –
Lernerfolg beginnt mit Respekt!**
- c) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/2500
**Systematisch und professionell gegen Mobbing an
Berliner Schulen: Fragebogenerhebung nach dem
„Olweus Mobbing-Präventions-Programm“**
- d) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/2501
**Systematisch und professionell gegen Mobbing an
Berliner Schulen: schuleigene Konzepte gegen
Mobbing entwickeln und umsetzen!**

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner weist darauf hin, dass der Antrag zu Punkt 4 d das Plenum vor der Wahl nicht mehr erreichen werde, da der Hauptausschuss in dieser Legislaturperiode nicht mehr regulär tage.

Thorsten Weiß (AfD) beantragt, dem Plenum eine dringliche Behandlung der Anträge zu den Punkten 4 a bis 4 c zu empfehlen und das jeweilige Berichtsdatum auf den „30. September 2021“ zu setzen.

Die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts verzeichnete für das Jahr 2018 bundesweit 2 256 Straftaten gegen Lehrkräfte, ein signifikanter Anstieg im Vergleich zum Jahr 2014. Der traurige Höhepunkt sei dadurch erreicht worden, dass es Schüler gegeben habe, die den Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty gerechtfertigt und Mitschüler und Lehrer bedroht hätten. Der Verband Bildung und Erziehung – VBE – sehe in solchen Vorkommnissen keine Einzelfälle und fordere eine Enttabuisierung des Themas. Der Antrag seiner Fraktion knüpfe im Wesentlichen an die Forderungen des VBE an.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) merkt an, dass sich der AfD-Antrag auf allgemeine Aussagen beschränke. Stattdessen müssten die Lehrkräfte durch konkrete Maßnahmen, z. B. Fortbildungen, unterstützt werden bzw. die vorhanden Instrumente, etwa die Anti-Mobbing-Fibel des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg – LISUM – und die Notfallpläne der Unfallkasse, auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass SenBildJugFam im Themenbereich Gewalt, Diskriminierung und Mobbing Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen sowie weitere Maßnahmen anbiete. Erklärtes Ziel sei eine diskriminierungsfreie Schule, an der sich Kinder und Jugendliche angstfrei entfalten könnten. Mobbingsituationen träten nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Eltern und im Kollegium auf. Daher bedürfe es unterschiedlicher Ansätze, Fortbildungsmaßnahmen und Projekte. Bei SenBildJugFam seien eine Antimobbingbeauftragte bzw. eine Antidiskriminierungsbeauftragte und auf Wunsch der Schülerschaft ein Schüler bzw. eine Schülerin, die bzw. der stundenweise bei SenBildJugFam als gleichaltriger Ansprechpartner bzw. als gleichaltrige Ansprechpartnerin zur Verfügung stehe, angesiedelt. Das Sichern eines lernförderlichen Klimas und die gewaltfreie demokratische Schule seien von SenBildJugFam als Handlungsfeld identifiziert worden und Bestandteil der 39 Vorschläge des Qualitätspakets. Ein zentrales Projekt sei dabei „Pro Respekt“, in dem ungefähr 40 Schulsozialarbeiter speziell für diese Themen über verschiedene Zeiträume eingesetzt werden könnten.

In den letzten Jahren seien weitere Antidiskriminierungsprojekte und die Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen, die vom Land gefördert werde, gestärkt worden. Zudem fanden Fortbildungen für Schulleitungen, Schulaufsichten, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte statt. Eine Kooperation bestehe zwischen den schulpraktischen Seminaren und den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungscentren – SIBUZen –, damit sich auch künftige Lehrkräfte im Rahmen ihrer Ausbildung mit diesem Thema auseinandersetzen. SIBUZ-Mitarbeitende berieten die Schulen, auch zu Fortbildungen.

Im Schulgesetz seien Krisenteams verankert worden, die bei Konflikten an den Schulen aktiviert werden könnten. In die Berliner Notfallpläne sei das Thema Cybermobbing, das durch die neuen Medien eine immer stärkere Rolle spielt, mitaufgenommen worden. SenBildJugFam habe in Zusammenarbeit mit Schulen und dem Bezirklichen Jugendamt den Handlungsfaden Kinderschutz entwickelt und im Mai 2021 veröffentlicht. Es sei wichtig, diese Themen nicht aus dem Blick zu verlieren und die Konzepte immer wieder zu aktualisieren.

Regina Kittler (LINKE) beantragt eingangs, dass über die dringliche Behandlung des Antrags, die sie nicht als geboten ansehe, abgestimmt werde. Die Ausführungen der Senatorin hätten gezeigt, dass der Senat, die Schulen, die Jugendsozialarbeit und die Koalition in den vergangenen Jahren die Problematik sehr ernst genommen hätten und weiterhin ernst nähmen und dass konkrete Lösungswege beschritten würden. Die vorliegenden Anträge seien daher obsolet.

Der Ausschuss beschließt

- zu TOP 4 a, dem Plenum die Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1024-1 und des Antrags Drucksache 18/1024, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen sowie die Dringlichkeit abzulehnen.
- zu TOP 4 b, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1659, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen sowie die Dringlichkeit abzulehnen.

- zu TOP 4 c, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2500, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen sowie die Dringlichkeit abzulehnen.
- zu TOP 4 d, dem Plenum über den Hauptausschuss die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2501, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktuelle Situation des Übergangs Schule – Beruf, insbesondere für junge Menschen mit Migrationsgeschichte** (auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) **0450** BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Berufsorientierung in Berlin: aktueller Stand der Umsetzung des Landeskonzzeptes, Herausforderungen und Perspektiven für den erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf** (auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) **0372** BildJugFam
- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/3966 **Arbeit der Jugendberufsagentur Berlin 2020 Drucksache 18/2400 (B.68)** (auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke) **0468** BildJugFam
- d) Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4054 **Zukunftschancen eröffnen – eine MINT-Strategie für Berlin** **0467** BildJugFam(f) WissForsch*

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass dem Ausschuss zu Punkt 5 d eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 30. August 2021 vorliege. Dieser empfehle, den Antrag abzulehnen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, welche aktuellen Entwicklungen es im kürzlich begonnenen Ausbildungsjahr insbesondere mit Blick auf Jugendliche mit Migrationshintergrund gebe. Es sei in der Vergangenheit besonders schwierig gewesen, diese Personengruppe für die duale Ausbildung zu begeistern. Habe sich die Situation durch die Pandemie weiter verschärft oder entgegen den Erwartungen verbessert?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) hebt eingangs hervor, dass sie ihrer Vorednerin für die wertvollen Hinweise im Plenum dankbar sei. Um eine umfassende Strategie zur Förderung der MINT-Bildung zu erreichen, müsse anstelle von Einzelprojekten eine Gesamtstrategie entwickelt werden, und zwar von der Kita über die Schule, die Ausbildung bzw. das Studium bis zum Berufseinstieg. Insbesondere bei den Mädchen könne so das Interesse für MINT-Themen geweckt werden. Vor allem an den Sekundarschulen müsse mehr getan werden, um auf die MINT-Fächer aufmerksam zu machen. Es gebe dort ein großes Potenzial an Schülerrinnen und Schülern für die duale Ausbildung. Eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss zu der Frage, wie Mädchen und junge Frauen an MINT herangeführt werden könnten, habe ebenfalls das Ergebnis erbracht, dass eine Gesamtstrategie nötig sei, die Kita, Schule, Ausbildung bzw. Studium miteinander verbinde.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) betont, dass die Berufs- und Studienorientierung sowie die Jugendberufsagentur ein Schwerpunktthema der letzten beiden Legislaturperioden gewesen seien. SenBildJugFam habe mit Wirtschaftsvertretern und Sozialverbänden einheitliche Standards erarbeitet. Diese richteten sich an alle Schulformen. In allen Bezirken seien Jugendberufsagenturen inklusive einer aufsuchenden Beratung implementiert worden. Sie verweise auf die BSO-Teams an den Schulen, die aus zwei Personen aus dem Schulbereich und einer Person von der Bundesagentur für Arbeit bestünden. Die Pandemie habe die Arbeit in diesen Strukturen sehr erschwert. Beispielsweise habe die Jugendberufsagentur kaum Präsenzangebote gemacht, was SenBildJugFam mehrfach kritisiert habe. Die Lehrkräfte dagegen hätten mit der Öffnung der Schulen ihre Beratungstätigkeit sogleich wieder aufgenommen.

In der Pandemie sei die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze gestiegen, und zwar auf 2 200 bis 2 500 Plätze. Die Ausbildungsquote liege bundesweit durchschnittlich bei 20 Prozent, in Berlin bei lediglich 11 Prozent. In diesem Bereich habe Berlin einiges zu tun. Das Durchschnittsalter der Menschen, die in die duale Ausbildung gingen, liege bei 21 Jahren. Ziel sei es, dieses Einstiegsalter zu senken. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber sei von 20 466 im Jahr 2019 auf 19 499 im Jahr 2021 zurückgegangen. Der Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze von 4 455 stünden 6 254 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

In den letzten Monaten seien viele Gegenmaßnahmen auf den Weg gebracht worden. So seien unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters in der Sonderkommission Ausbildungssituation und Fachkräfte sicherung unter Beteiligung der Wirtschaft und der Sozialverbände in Sondersitzungen umfangreiche Nachvermittlungsaktionen vereinbart worden. Die gemeinsame Homepage „ausbildung.berlin“ biete Beratungsangebote und Ausbildungsplätze an und weise niederschwellig und auf junge Menschen zugeschnitten auf die duale Ausbildung hin. – Beim „Talente Check“, dem gemeinsamen Projekt von SenBildJugFam, der Regionaldirektion, der IHK Berlin und der Berliner Handwerkskammer, könnten Jugendliche der 8. Klassen ihre Talente und Fähigkeiten im Hinblick auf ihre spätere Berufswahl herausfinden. Der „Talente Check“ biete eine neue Form der Auseinandersetzung mit der dualen Ausbildung.

Berlin besitze sehr wohl eine MINT-Strategie. Bereits im Jahr 2013 sei eine MINT-Akademie gegründet worden. Das Projekt „junior1stein“ ermögliche Vernetzungen und bringe Konzepte zur Qualifizierung der Mitarbeitenden voran. Darüber hinaus gebe es ein Kinder- sowie ein

Jugendforscherzentrum und für Kitakinder das „Haus der kleinen Forscher“. MINT-Themen und das diesbezügliche Forschen seien im Bildungsprogramm der Kitas abgebildet und gehörten zu den Standards der Erzieherinnen- bzw. Erzieherausbildung. Die MINT-Förderung, insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen, liege SenBildJugFam am Herzen. In enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen seien Mentoringprogramme entwickelt worden, die mit den Schülerlaboren verknüpft seien. Sie empfehle, sich beispielsweise das „Gläserne Labor“ in Buch anzuschauen. – Angesichts des Fachkräftebedarfs im naturwissenschaftlichen Bereich sei zu begrüßen, dass so viel investiert werde.

Franziska Brychey (LINKE) berichtet, dass in sozial benachteiligten Lagen nach wie vor nur wenige Jugendliche mit Migrationsgeschichte eine duale Ausbildung aufnahmen. Was tue der Senat, um diese Jugendlichen in den Blick zu nehmen?

Sei bereits die Evaluierung des Landeskonzepts Berufs- und Studienorientierung Berlin durchgeführt worden? – Die Berufsorientierung solle nicht nur die Aufgabe der BSO-Teams, sondern der gesamten Schule sein. Im Curriculum solle nicht nur der Schulabschluss, sondern auch das, was danach kommt, abgebildet werden. Schulleitungen müssten genauso wie Lehrkräfte fortgebildet werden. Inwieweit seien diese Vorhaben bereits umgesetzt worden? Fanden nach der Pandemie wieder BSO-Netzwerktreffen statt?

Betriebe müssten dafür sensibilisiert werden, auch junge Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne Abschluss in die duale Ausbildung einmünden zu lassen. Wie erfolge die dafür notwendige Abstimmung zwischen den Ressorts SenBildJugFam, SenIAS und SenFin, um beispielsweise durch Praktika junge Menschen aus sozial benachteiligter Lage in die Ausbildung im öffentlichen Dienst zu bringen?

Der Bildungsgang Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung – IBA – sei in dieser Legislaturperiode als Regelbildungsgang eingeführt worden. Werde der IBA-Bildungsgang mit der Bildungsgangbegleitung im kommenden Haushalt verstetigt? – Hätten junge Menschen, die an den Oberstufenzentren – OSZ – ankämen und noch unsicher seien, ob sie sich für das richtige Gewerk entschieden hätten, die Möglichkeit, die Berufsorientierung nachzuholen? – Wie funktioniere Berufsorientierung im außerschulischen Bereich? Wie könne dort für eine gute Kooperation gesorgt werden?

Seien junge Menschen während der Pandemie durch telefonische Beratung und Onlineberatungen der Jugendberufsagentur erreicht worden? – In einem ihr vorliegenden Einladungsschreiben der Jugendberufsagentur an ein 16-jähriges Mädchen würden sogleich Leistungskürzungen angedroht, falls es den Termin nicht wahrnehme. Dem Brief sei kein Flyer o. Ä. der Jugendberufsagentur beigelegt. Statt mit Sanktionen zu drohen, müssten junge Menschen altersgerecht angesprochen und für die Jugendberufsagentur begeistert werden.

Erreiche die aufsuchende Beratung in den Bezirken auch Jugendliche, die nicht so leicht greifbar seien? Finde der Tag der offenen Tür an den Jugendberufsagenturen, der im Jahr 2020 pandemiebedingt ausgefallen sei, demnächst wieder statt?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, die Jugendberatungsagentur habe während der Pandemie 56 000 Beratungskontakte aller Rechtskreise telefonisch oder per Vi-

deokonferenz verzeichnet. 8 700 junge Menschen seien im Rahmen der aufsuchenden Beratung kontaktiert worden.

Es gebe Flyer und Plakate zur Jugendberatungsagentur, um junge Menschen altersgerecht anzusprechen. Es sei bedauerlich, wenn diese den Briefen nicht beigelegt würden. Sie bitte darum, ihr mitzuteilen, aus welcher Jugendberufsagentur das benannte Schreiben gekommen sei. Die Aufgabe der Jugendberufsagentur bestehe darin, junge Menschen zu stärken und darin zu unterstützen, ihre Talente und Fähigkeiten herauszufinden, und ihnen Beratung unter einem Dach anzubieten.

In den IBA-Bildungsgängen befänden sich viele Jugendliche aus Willkommensklassen und mit Migrationshintergrund. Das Ziel sei es, diese jungen Menschen in die Beschäftigung bzw. die duale Ausbildung zu überführen. Erfreulicherweise habe das Parlament zugestimmt, die IBA-Bildungsgänge gesetzlich zu verankern. – Hinsichtlich des Landeskonzepts Berufs- und Studienorientierung befindet sich SenBildJugFam mit den Partnern in der Überarbeitung der Standards.

Es sei ein Widerspruch, wenn die Wirtschaft Praxisorientierung einfordere, aber nicht ausreichend Praktikumsplätze anbiete. Auch die öffentliche Verwaltung müsse genügend Plätze zur Verfügung stellen. SenBildJugFam habe auch während der Pandemie Praktikumsplätze besetzt und befindet sich in enger Absprache mit SenIAS, besonders hinsichtlich der Jugendberufsagenturen. – Im Themenfeld Jugendberufsagentur und Inklusion bestehe Handlungsbedarf. Dazu habe es harte Debatten zwischen ihr, unterstützt von Senatorin Breitenbach (SenIAS), und der Regionaldirektion gegeben.

Der Rahmenlehrplan sehe die Berufs- und Studienorientierung nicht nur allgemein, sondern auch als Querschnittsaufgabe aller Fächer vor. Es wäre wünschenswert, dass etwa in den MINT-Fächern auf einzelne Berufsfelder, beispielsweise auf den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin, hingewiesen würde.

Das Berliner Schulsystem sei erfreulicherweise sehr durchlässig. Beispielsweise könnten Schülerinnen und Schüler, die sich eine stärkere berufliche Fokussierung wünschten, die Schulform oder zwischen den OSZ wechseln.

Dennis Buchner (SPD) bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalition, bei Frau Dr. Jasper-Winter (FDP), beim Senat, beim Arbeitskreis der beruflichen Bildung, bei den Schulleitungen der OSZ, bei der IHK und der Handwerkskammer für die gute Zusammenarbeit. Für die berufliche Bildung seien es insgesamt erfolgreiche Jahre gewesen. Die Pandemie habe es erschwert, junge Menschen passgenau in eine berufliche Laufbahn zu bringen. Die Jugendberufsagentur erweise sich dabei als wichtiges Instrument. Es werde auch in Zukunft eine Herausforderung sein, für die duale Ausbildung zu werben, und zwar nicht erst in der 8. Klasse oder 9. Klasse, wenn die Entscheidung für das Abitur längst gefallen sei, sondern in den ersten Jahren an den ISSen oder sogar bereits im letzten Jahr der Grundschule.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) entgegnet ihrem Vorredner, eine große Herausforderung bestehe darin, dass ein Drittel der Ausbildungsverträge vorzeitig wieder gelöst würden. Grund dafür sei auch eine unzureichende Berufsorientierung. Viele Eltern sähen die duale Ausbildung und die Vielzahl an Ausbildungsberufen nicht, sondern wünschten sich für ihr Kind ein

Hochschulstudium. Die Schulen müssten noch mehr an Berufsorientierung leisten. Um herauszufinden, welche Programme zielführend seien und wie junge Menschen und deren Eltern mitgenommen werden könnten, sei eine echte Evaluation und nicht nur eine Weiterentwicklung des Plans notwendig. Die Jugendberufsagentur sei ein Schritt in die richtige Richtung und müsse weiterentwickelt werden; auch die aufsuchende Beratung erscheine sinnvoll.

Hinsichtlich des MINT-Bereichs existierten in Berlin lobenswerte singuläre Projekte und Ansätze, aber keine Gesamtstrategie. Um mehr junge Frauen für MINT-Berufe zu gewinnen, müssten beispielsweise an den Hochschulen feste Stellen eingerichtet werden, die dauerhaft den Kontakt zu den Schulen aufrechterhielten. Das gebe es aktuell nur zeitlich befristet und für nur wenig Teilnehmerinnen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) zeigt sich darüber erfreut, dass die Abgeordnete Dr. Jasper-Winter (FDP) ihr Herummäkeln am Antrag im Plenum als Feedback aufgefasst habe. Der Antrag der FDP-Fraktion fordere zu Recht eine strukturelle Einschreibung der Berufs- bzw. Praxisorientierung, die über Praktika deutlich hinausgehe und dazu führe, dass sich die Talente und Stärken der Kinder herauskristallisierten. Junge Frauen trauten sich bekanntermaßen auch nach kurzfristigen Projekten nicht in die MINT-Berufe, obwohl sie daran Interesse hätten. Der Gedanke ihrer Vorednerin, die Projekte im fröheren Bereich weiter auszubauen, sei daher ein guter Anstoß.

Erzieherinnen hätten ihr zugetragen, dass die Sachmittel in den Kitas in den letzten Jahren reduziert worden seien. Existierten Zahlen, die dies bestätigten? – Welche Fortbildungen gebe es für Erzieherinnen und Erzieher für die sechs Fachbereiche der Ausbildung? – Die über ein Jahrhundert fortgeführte Dichotomie zwischen Kopf bzw. Herz und Hand müsse rückgängig gemacht werden. Es werde eine duale Schule benötigt, in der die Schülerzentriertheit umgesetzt werde und die Anbindung der Lerninhalte an die Lebenswelt der Kinder bzw. Jugendlichen im Vordergrund stehe, um Interessen zu wecken, die sich später zu einem Berufswunsch entwickeln könnten.

Zum Aufgabenfeld der BSO-Teams seien eine Rollenklärung und eine Qualitätsstandardentwicklung notwendig. Mit Blick auf künftige Koalitionsverträge müsse vermieden werden, dass die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen im Bildungsbereich thematisiert werde, die Gelder dafür aber bei SenIAS etatisiert seien. Außerdem schlage sie vor, die seit 1978 bestehende Sonderkommission – Soko – aufzulösen, damit sich die darunterliegende Ebene der fachlichen Arbeit widmen könne, statt immer auf die nächste Sitzung der Soko „hinzuzittern“.

[Lüftungspause von 17.05 bis 17.15 Uhr]

Dirk Stettner (CDU) bemerkt, dass er selbst derzeit vier Auszubildende beschäftige, allesamt mit Migrationshintergrund. Die schlechten Zahlen im Bereich der beruflichen Bildung seien ein bundesweites Problem. In der nächsten Legislaturperiode müsse vor allem an der Sprachförderung beim Übergang von der Kita in die Grundschule und an der Berufsorientierung an den Grund- und Oberschulen gearbeitet werden. Dazu müssten der Mittelstand und die Wirtschaft regelmäßig in den Schulbetrieb hineingebracht werden. Die Schulen, an denen solche Kooperationen bereits gut funktionierten, erzielten positive Ergebnisse. Auf diese Grundlage könnten dann die Jugendberufsagenturen aufbauen.

„Junior1stein“ sei ein gutes Projekt, bediene aktuell jedoch nur drei Bezirke. Die Forderung der FDP-Fraktion, aus den vielen Einzelprojekten eine durchgängige, strukturelle Förderung und eine MINT-Gesamtstrategie zu entwickeln, sei aus Sicht seiner Fraktion sinnvoll.

Dr. Maja Lasić (SPD) hält dem entgegen, der vorliegende Antrag mache die unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen von der Eigenständigkeit der Schulen deutlich. Während der SPD immer das Gießkannenprinzip vorgeworfen werde, gelte die FDP als Partei der Eigenständigkeit. Der Antrag enthalte aber etliche pauschale Vorschläge, die nach dem Gießkannenprinzip über die ganze Stadt verteilt werden sollten. Insofern werde die Eigenständigkeit der Schulen eingeschränkt. SenBildJugFam dagegen habe mit dem Indikatorenmodell ein Instrument eingeführt, mit dessen Hilfe die Schulen ihren aktuellen Stand in den jeweiligen Sektoren selbst messen könnten. Dies könne derart weiterentwickelt werden, dass sich die Schulen selbst passende Angebote aussuchen. Außerschulische Lernorte sowie andere wichtige Bestandteile der MINT-Förderung durch die Koalition lasse der Antrag außen vor. Der Werkunterricht, den die FDP-Fraktion u. a. fordere, sei gemeinsam mit dem Schulfach Wirtschaft, Arbeit, Technik – WAT – schon lange Bestandteil des Rahmenlehrplans. Durch eine tiefgreifende Reform des Grundschulstudiums sei bei den Grundschullehrkräften eine höhere Kompetenz in Mathematik erreicht worden. Die Darstellung, dass bislang inselhaft gearbeitet werde, sei falsch. Viele Angebote, auch im Bereich der Fortbildung, wie z. B. „TuWaS!“, würden in der ganzen Stadt gefördert.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) wendet ein, die politische Forderung nach einer stärkeren pädagogischen Begleitung eines bestimmten Bereichs in Kitas und Schulen und in der späteren Verknüpfung zur Ausbildung bzw. zum Studium widerspreche nicht der Eigenständigkeit der Schulen. Wie die Schulen diese Forderung, die sowohl mit einem eigenen Budget als auch mit Personalhoheit einhergehen müsste, umsetze, stehe auf einem anderen Blatt. Bildungspolitik müsse die pädagogischen Richtlinien festlegen. Die Eigenständigkeit der Schule zu wahren, bedeute nicht die Abschaffung von Lehrplänen.

Dr. Maja Lasić (SPD) erwidert, der Antrag steuere überwiegend über Input und beschreibe, was die Bildungspolitik systematisch vorgeben müsste. Es fehle ein Debatte darüber, was bei den Schülerinnen und Schülern als Ergebnis eines vielfältigen Angebots herauskommen solle. Das, was ihre Vorednerin mündlich erläutert habe, stimme nicht mit dem Antrag überein.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt aus, dass die Finanzierung der Kitas pauschaliert sei und die Sachkostenpauschalen im Kostenblatt festgehalten seien. Derzeit werde im Zuge der Rahmenvertragsverhandlungen, die voraussichtlich bis Ende dieses Jahres abgeschlossen seien, auch das Kostenblatt neu verhandelt. Selbiges schlüsse die Sachkosten nicht nach Einzelposten auf, sondern gebe diese als Pauschalsumme an. Die Träger erhielten dadurch die Freiheit, die Verteilung der Sachmittel zu variieren.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass der Einstein-Tag eine Kooperation zwischen „junior1stein“ und der Einstein-Stiftung gewesen sei. Dagegen sei „junior1stein“ ein zentraler Bestandteil der Berliner MINT-Strategie und gehöre seit dem 19. Februar 2020 zu SenBildJugFam. Das Projekt sei aus einer Arbeit der Lise-Meitner-Schule bzw. der Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg entstanden. Im Kern gehe es darum, von der Kita über die allgemeinbildende Schule bis in die berufliche Bildung Personal zu qualifizieren. Derzeit

gebe es drei Cluster in den Bezirken Mitte, Neukölln und Spandau, in denen Kinder in ihren Elternhäusern nicht automatisch mit der MINT-Bildung konfrontiert würden. Ein sukzessiver Ausbau sei geplant. Bei der MINT-Bildung sei das Entscheidende aber der Unterricht. Es gebe in Berlin außerschulische Partner, z. B. das Schülerlabornetzwerk, die aber längst nicht von allen Schulen in Anspruch genommen würden. „Junior1stein“ gewährleiste diese Netzwerkarbeit. Zudem knüpfe es an den Rahmenlehrplan der MINT-Fächer an.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung zu den Punkten 5 a und 5 b sowie zu Punkt 5 c mit Kenntnisnahme der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – ab.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner lässt über den Antrag Drucksache 18/4054 abstimmen. – Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum solle die Ablehnung des Antrags empfohlen werden.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2067
Schulgesundheitsfachkräfte in Berliner Schulen einsetzen

0260
BildJugFam(f)
GesPflegGleich*

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass dem Ausschuss eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vom 6. September 2021 vorliege. Dieser empfehle, den Antrag abzulehnen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) beantragt, das Berichtsdatum zu aktualisieren und durch das Datum „30. September 2021“ zu ersetzen. Ihr Fraktion rege an, analog zu den Bundesländern Hessen und Brandenburg ein Pilotprojekt zum Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften zu starten. Diese sollten präventiv und beratend, beispielsweise zu den Themen Ernährung und Hygiene, tätig sein. Das Pilotprojekt solle an zehn Berliner Schulen durchgeführt werden.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) macht geltend, dass Berlin bei den Schulhelferinnen und Schulhelfern im Rahmen der ergänzenden Pflege und Hilfe eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnehme. Die Schulhelfer bzw. -helferinnen begleiteten junge Menschen, die zusätzliche Unterstützung im Schulalltag benötigten. In diesen Bereich flössen 31,7 Mio. Euro. In Abstimmung mit den Personalräten habe SenBildJugFam ermöglicht, an den Schulen multiprofessionelle Teams zu installieren. Die Schulen hätten zusätzlich die Möglichkeit erhalten, Personal aus den Bereichen Gesundheit oder Psychologie einzustellen. Aktuell stehe SenBildJugFam kurz vor der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit den Krankenkassen hinsichtlich der Finanzierung der medizinischen Unterstützung von Kindern mit Diabetes innerhalb des Schulbetriebs.

Regina Kittler (LINKE) führt aus, dass die Koalition das Anliegen des Antrags teile. In den Wahlprogrammen aller drei Koalitionsparolen komme dieses Thema vor. Nach Auffassung ihrer Fraktion sei ein Pilotprojekt jedoch nicht notwendig, da es ein solches bereits in Brandenburg gebe. Die Durchführung des Pilotprojektes an zehn Schulen mit nachfolgender Evaluation sei sehr zeitaufwendig. Um Schülerinnen und Schülern mit ernsthaften Erkrankungen

eine inklusive Beschulung zu ermöglichen, seien medizinische Hilfskräfte erforderlich. Der im Antrag beschriebene Modellversuch reiche dafür nicht aus. Die Ergänzung der multiprofessionellen Teams durch medizinische Hilfskräfte müsste in einen künftigen Koalitionsvertrag aufgenommen werden; bis zur Wahl sei das zeitlich nicht mehr zu schaffen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) beantragt, dem Plenum eine dringliche Behandlung des Antrags zu empfehlen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) äußert sich erfreut darüber, dass nunmehr eine Kooperationsvereinbarung mit den Krankenkassen geschlossen werde, die die Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch medizinische Dienste ermögliche. In den Änderungsantrag zum Schulgesetz sei die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Senat für die medizinische Versorgung mitaufgenommen worden. Bei dem Pilotprojekt in Brandenburg fielen die Rückmeldungen zum präventiven Bereich sehr unterschiedlich aus. Auch hier komme der Fachkräftemangel zum Tragen. Die Frage, wie flächendeckend an 800 Berliner Schulen beispielsweise Krankenschwestern eingestellt werden sollten, beantworte der Antrag nicht. Die Thematik müsse aber im Fokus bleiben, da es hierbei sich um einen wichtigen Bestandteil der inklusiven Schule handele.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) hält dem entgegen, dass eine Änderung des Schulgesetzes und die Ankündigung größerer Vorhaben keine kurzfristigen Ergebnisse erzielen. Ihre Fraktion halte daher ein Pilotprojekt weiterhin für sinnvoll. Es ergebe sich keine Konkurrenzsituation der Fachkräfte, da Menschen angesprochen würden, die aus unterschiedlichen Gründen dem regulären Pflege- bzw. Gesundheitsmarkt nicht mehr zur Verfügung ständen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2067, auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“, zu empfehlen und die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.